

Antragsformular Betriebs- und Versorgungszuschuss 2020

Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Sachgebiet Personal und Finanzen 7 der Abteilung II -
80327 München

Schulträger:

Name der Schule oder Schulnummer:

A. Antrag auf staatliche Leistungen gem. Art. 38 bzw. 45 Abs. 1 BaySchFG im Jahr 2020

- Der Schulträger beantragt im Jahr 2020 für den notwendigen Personal- und Sachaufwand staatliche Leistungen gemäß Art. 38 bzw. 45 Abs. 1 BaySchFG (**Betriebszuschuss**).

B. Antrag auf staatliche Leistungen gemäß Art. 40 BaySchFG im Jahr 2020

- Der Schulträger beantragt für die lehrpersonalbezogenen Versorgungsaufwendungen des Jahres 2019 staatliche Leistungen gemäß Art. 40 BaySchFG (**Versorgungszuschuss**) im Haushaltsjahr 2020.

C. Anlagen auf Zuschüsse gemäß Art. 57a BaySchFG (Übergangsregelungen zum Versorgungszuschuss)

- Der Schulträger beantragt staatliche Leistungen gemäß Art. 57a BaySchFG im Haushaltsjahr 2020.
Es sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage zur Übergangsregelung nach Art. 57a **Abs. 2** BaySchFG
 Anlage zur Übergangsregelung nach Art. 57a **Abs. 3** BaySchFG
 Anlage zur Übergangsregelung nach Art. 57a **Abs. 4** BaySchFG
 Anlage zur Übergangsregelung nach Art. 57a **Abs. 5** BaySchFG
 Anlage zur Übergangsregelung nach Art. 57a **Abs. 6** BaySchFG

D. Wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte (vgl. Art. 28 Abs. 1 BaySchFG i.V.m. Art. 97 BayEUG)

- Der Schulträger versichert, dass die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte gesichert ist.

E. Gemeinnützigkeit

Der oben genannte Schulträger wirkt auf gemeinnütziger Grundlage im Sinne von Art. 29 Abs. 2 Satz 1 BaySchFG.

- Eine Ablichtung des für das Jahr 2020 gültigen (**vollständigen!**) Bescheides des Finanzamts über die (vorläufige) Anerkennung der Gemeinnützigkeit liegt bei. Ein Verfahren zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit ist weder eingeleitet noch zu erwarten.
- Die Schule wird von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder von einer kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts betrieben. Eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt ist nicht erforderlich/möglich.

F. Erklärung zur Kenntnis der strafrechtlichen Bestimmungen

In Kenntnis der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert, dass

- die staatlichen Leistungen ausschließlich für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs der oben genannten Schule bzw. für die lehrpersonalbezogenen Versorgungsaufwendungen verwendet werden/wurden
- die in den Bescheiden des Vorjahres enthaltenen und für das aktuelle Jahr geltenden Bedingungen, Auflagen, Vorgaben und Nebenbestimmungen eingehalten werden/wurden.

Dem Unterzeichner ist bekannt, dass die staatlichen Leistungen bei zweckwidriger Verwendung oder Wegfall der Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Rückforderung und Verzinsung unterliegen.

G. Bankverbindung und Kontakt

Bankverbindung:	Ansprechpartner/-in für Rückfragen:
<input type="checkbox"/> Unverändert	Name: <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Neu	Telefon: <input type="text"/>
IBAN: <input type="text"/>	E-Mail: <input type="text"/>

H. Unterschrift

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ort, Datum	Unterschrift des Schulträgers